Eine Solarpflicht geht in die falsche Richtung

08.12.20

Eine Solarpflicht geht in die falsche Richtung

Zum Vorhaben des Senats, eine Solarpflicht in Berlin einzuführen, erklärt Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg:

„Mit dem Ausbau der Solarenergie kann Berlin einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Der Plan, eine Solarpflicht einzuführen, geht aber in die falsche Richtung. Wir brauchen Freiwilligkeit und Anreize statt Zwang. Viele Unternehmen arbeiten und produzieren in denkmalgeschützten Gebäuden. Eine Solarpflicht würde für sie früher oder später erhebliche zusätzliche Kosten bedeuten, wenn die Dächer dieser Immobilien grundlegend saniert werden müssen. Wer mehr Solarstrom will, muss die Firmen auf dem Weg dahin stärker unterstützen.

Auch für den Wohnungsbau würde eine Solarpflicht erhebliche Nebenwirkungen mit sich bringen. Damit würde es aufgrund der zusätzlichen Kosten noch schwerer, bezahlbaren Wohnraum in der Hauptstadt zu schaffen. Auch die dringend nötige Sanierung von Bestandsimmobilien würde gebremst. Schon heute führt der Mietendeckel dazu, dass weniger Geld in die energetische Sanierung von Häusern fließt. Denn er begrenzt die Umlage von Kosten. Vermieter müssten mit einer Solarpflicht für eine Modernisierung noch mehr Geld aufbringen – ohne die Aussicht auf eine Refinanzierung.“

Mehr zum Thema Energie und Klimaschutz finden Sie hier.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner

Abteilungsleiter Innovations- und Digitalpolitik

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] akb-kunststoff.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] akb-kunststoff.de

Download VCF